

TOP 1
Aktuelle Stunde

**Rede des Arbeitskreissprecher für Innovation, Wissenschaft, Forschung
und Technologie der SPD-Landtagsfraktion**

anlässlich
der Plenarsitzung am 15.11.2007

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

"Studienberechtigte müssen den Weg in die Hochschule finden und unbelastet von existenziellen Ängsten studieren können. Chancengleichheit muss wieder Mittelpunkt nordrhein-westfälischer Bildungs- und Hochschulpolitik werden" - Aussagen, die ich und meine Fraktion schon öfters an Sie gerichtet haben und heute gerne noch einmal bekräftigen möchten.

Mehrfach hat die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung aufgefordert in Berlin für die jungen Menschen und Ihre Bildungschancen vorstellig zu werden. Wir haben hier im Gegensatz zu ihnen unsere Hausaufgaben gemacht und uns energisch und vehement in Berlin für eine Erhöhung des BAföG eingesetzt. Sie dagegen haben alle unsere Initiativen, sich für eine Bafög-Anhebung einzusetzen in diesem Hause niedergestimmt. Und in Berlin hat die Union dem Gesetzentwurf auch erst nach langem Widerstand zugestimmt.

Ich möchte an dieser Stelle hinweisen, warum es so wichtig war, jetzt das BAföG zu erhöhen. Denn dieses ist auch das Signal, dass am BAföG seitens der Union nicht mehr gerüttelt wird. Man muss an dieser Stelle daran erinnern, dass noch während des letzten Bundestagswahlkampfes sich Bundesbildungsministerin Schavan als profilierte Gegnerin des Bafög hervorgetan hat. Ihr Ziel war es Studierenden nur noch Studienkredite zur Verfügung zu stellen. Studienkredite, auch die zur Finanzierung der Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen, sind eine Hypothek auf die Zukunft der jungen Generation in unserem Land.

Das sieht die SPD anders und hat das auch in der großen Koalition durchgesetzt. Ich möchte daran auch erinnern, dass Ministerin Schavan wie bereits angeführt das BAföG im Wahlkampf 2005 noch abschaffen, dann Ende 2006 eine Erhöhung für diese Legislatur zunächst ausschließen und schließlich mit dem Haushaltsentwurf 2008 nur eine Erhöhung von 5 und 4 % hinnehmen wollte.

Die Ablehnung des BAföG hat in der Union ebenfalls eine lange Tradition. Für sie in ihrem elitären Missverständnis, das einseitig allein die Begabtenförderung im Blick hat, ist und bleibt das BAföG ein Instrument der Gleichmacherei und des Sozialneids. Unter der Unionsregierung wurde das BAföG in den 80er Jahren sogar auf ein Volldarlehen umgestellt, das die Studierenden mit ihrer Angst vor Überschuldung allein gelassen hat. Unter Minister Rüttgers fand in den 90ern eine schleichende Auszehrung des BAföG statt, die zu einem direkten Rückgang der Förderzahlen und des Mittelvolumens führte, der berüchtigten „Rüttgers-Delle“. Die letzte BAföG-Erhöhung, der die Union in Regierungsverantwortung zugestimmt hat, fand 1993, also vor 14 Jahren statt.

Daran wird klar: Die Erhöhung des BAföG ist ein sozialdemokratischer Erfolg. Die Steigerung des BAföG war angesichts der gegenwärtig abnehmenden Studierendenquote dringend notwendig. Dies zeigt sich auch in der Sonderauswertung der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke NRW zur 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Zur Entscheidung selbst: Im Mittelpunkt der BAföG-Änderung steht eine deutliche Erhöhung des BAföG. Der Gesetzentwurf, der am Freitag im Bundestag beschlossen werden soll, sieht vor, dass zum Wintersemester 2008/09 die Bedarfssätze um 10 % und die Freibeträge um 8 % erhöht werden. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro. Dies ist etwa auch der Bedarf, wie er im 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung ausgewiesen ist. In Fortschreibung der positiven BAföG-Politik der rot-grünen Bundesregierung kann mit der jetzigen Novelle das BAföG ab 2008/09 wieder seiner zentralen Aufgabe besser gerecht werden, nämlich die Lebenshaltungskosten in der weiterführenden Ausbildung für junge Menschen aus sozial schwachen Familien zu decken.

Da die Fördersätze in der beruflichen Aufstiegsfortbildung, dem so genannten Meister-BAföG, an das BAföG gekoppelt sind, werden diese ebenfalls entsprechend angehoben. Fast noch wichtiger als die Bedarfssätze, ist aber die erreichte Erhöhung der Freibeträge. Denn diese erhöht im Effekt die Einkommensgrenzen, bis zu denen ein BAföG-Anspruch besteht. Nach Inkrafttreten werden damit viele junge Menschen einen BAföG-Anspruch erhalten, die diesen heute nicht haben.

Wir freuen uns über unseren Erfolg auf der Bundesebene, aber wir haben große Sorgen wenn wir unsere Heimat schauen.

Denn in Nordrhein-Westfalen ist ein Hochschulstudium heute zu einer Kostenfrage geworden. Mit der Einführung der Studiengebühren hat sich die soziale Kluft im nordrhein-westfälischen Bildungswesen noch vergrößert. Studiengebühren bleiben eine falsche bildungspolitische Weichenstellung und schrecken von einem Studium ab. Die gegenwärtig erstmals wieder sinkende Studierendenquote ist ein Beleg für die Verunsicherung vieler junger Menschen und ihrer Angst vor Schuldenbergen nach dem Studium. Weiterhin ist eine belastbare Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Sozialverträglichkeit der Studiengebühren nicht erkennbar. Weiterhin fließen die Gebühren kaum an die Studierenden in Form wahrnehmbarer Verbesserungen der Studienbedingungen zurück. Zudem haben Wirtschaft wie Länder ihre Versprechungen hinsichtlich neuer umfangreicher Stipendienangebote bisher nicht eingehalten.

Nein, es ist eigentlich noch schlimmer. Schon wieder führt sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalens als Kostgänger des Bundes auf. Bei dem angekündigten Stipendienprogramm schielt Minister Pinkwart wieder nach Berlin. Wo bleibt das eigene finanzielle Engagement, wenn es darum geht, möglichst vielen jungen Menschen in NRW ein Studium zu ermöglichen?

Und hier sage ich ihnen ganz klar, wir Sozialdemokraten werden nicht zulassen, dass unser Bafög-Erfolg zur Finanzierung der Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen zweckentfremdet wird. Rechnen sie hier mit enormem Widerstand.